

»Unterschicht« und »Hartz IV« – Die Worte und die Politik

Hermann Glaser

Anlass, über die politische Sprache nachzudenken, gibt es jeden Tag, fast zu jeder Tageszeit – vor allem in den Abendstunden, wenn die Interviews und Talkshows ihre Primetime haben. Ist es übrigens sinnvoll, derart die »günstigste Zeit für Fernsehsendungen« bzw. die »abendliche Hauptsendezeit« – so der Duden – zu benennen oder bereits ein Zeichen von sprachlicher Verwahrlosung? Wie hält man es mit angelsächsischen Ausdrücken und wie mit englischen Lehnwörtern?

Aber es geht hier gar nicht ums »schöne« deutsche Wort oder ums »Wurzeldeutsch« oder ums fremdwortfreie Sprechen; der Satz »Die Expropriateure müssen expropriert werden« ist zum Beispiel durchaus »gut« verständlich. Es geht nachfolgend um die sich ausbreitende semantische Erbärmlichkeit bzw. um die nichts-sagende sowie irreführende Redundanz politischer Sprache. Diese hat zur Zeit mit den »Erinnerungen« von Gerhard Schröder wieder einen besonderen Höhepunkt erreicht. »Je mehr ich mir Zeit genommen hätte, desto mehr wäre die Erinnerung verblasst.« Gemeint ist wohl damit, dass der Autor bei durchdachten und »gekelterten« Memoiren, solchen, die Zeit gebraucht hätten, mit der Entfernung vom Geschehen die gedankliche und sprachliche Qualität zwar wesentlich hätten steigern können, aber dann auf dem Markt der Eitelkeiten nicht derartig profitmaximierend angekommen wäre. Schröder wäre ja bald »out« gewesen; da war Eile geboten. »Die Versteigerung der da noch ungeschriebenen *Erinnerungen* im Frühjahr hatte manchmal groteske Züge angenommen. Riese Bertelsmann hatte nach einem letzten Angebot von 750.000 Euro die Spielstätte verlassen. ... Wo bleibt unter all den Dealern eigentlich der Verlag, in dem Gerhard Schröder sein Zweitbüro hat, den er berät, wofür er gut bezahlt wird?« (*Süddeutsche Zeitung*)

In Zunächst jedoch einige allgemeine Betrachtungen zum Thema »politische Sprache«. Sie zeigt ein weites Spektrum, die einen wollen mit ihren Worten beeinflussen und verführen, die anderen »redlich« überzeugen; dazwischen liegen vielfältige Mischformen, bald mehr, bald weniger um Wahrheit bemüht.

In »Mein Kampf« schreibt Adolf Hitler – und man kann an einem solchen Zitat die »Eigenart« des totalitären Sprachmusters erkennen –: »Die Aufnahmefähigkeit der großen Masse ist nur sehr beschränkt, das Verständnis klein, dafür jedoch die Vergeßlichkeit groß. Aus diesen Tatsachen heraus hat sich jede wirkungsvolle Propaganda auf nur sehr wenige Punkte zu beschränken und diese schlagwortartig so lange zu verwerthen, bis auch bestimmt der Letzte unter einem solchen Worte das Gewollte sich vorzustellen vermag. ... Der Glaube ist schwerer zu erschüttern als das Wissen. Liebe unterliegt weniger dem Wechsel als Achtung. Haß ist dauerhafter als Abneigung, und die Triebkraft zu den gewaltigsten Umwälzungen auf dieser Erde lag zu allen Zeiten weniger in einer die Masse beherrschenden wissenschaftlichen Erkenntnis als in einer sie beherrschenden Fanatismus, manchmal in einer sie vorwärtsjagenden Hysterie. Wer die breite Masse gewinnen will, muß den Schlüssel kennen, der das Tor zu ihrem Herzen öffnet. Er heißt nicht Objektivität, also Schwäche, sondern Wille und Kraft.«

Nach Thomas von Aquin sind dagegen die Wörter Zeichen des Geistes; es sei wider ihre Natur und wider den Geist, sie in den Dienst der Lüge zu stellen; die Sprache solle die Gedanken offenbaren, nicht verbergen. Dem dürften freilich selbst Vertreter des demokratisch-parlamentarischen Systems, zumindest was die Praxis betrifft, nicht zustimmen. Wichtiger als Gedankenwahrheit ist auch hier die Sprachtaktik: wie man die Dinge fürs eigene Lager zurechtbiegt und »hindreht«. Meistens werden die Reden zum Fenster hinaus gehalten: an den Mann und die Frau auf der Straße gerichtet, die durch die Massenmedien recht gut erreicht werden. Im »hohen Hause« selbst bedürfte man dieser Reden nicht; man weiß schon vorher, wie man sich zu entscheiden hat. Es bleibt ein Streit um Worte; die Sachen sind bereits fixiert, wenn die Redeschlachten anheben. Er habe im Laufe seines langen Lebens Tausende von Reden gehört, aber keine habe seine Entscheidung irgendwie beeinflusst, meinte ein englischer Parlamentarier einmal. Das Zitat stammt aus dem 19. Jahrhundert; es dürfte nach wie vor aktuell sein.

Jürgen Habermas unterscheidet zwischen kommunikativem Handeln und Diskurs. Das kommunika-

Prof. Dr.
Hermann
Glaser, Publi-
zist, Roßtal.

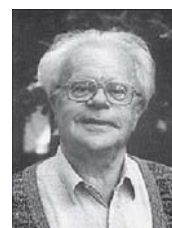




Foto: Gaby Schmidt

tive Handeln sei daran zu erkennen, dass sprachliche Äußerungen in den Kontext außersprachlicher Äußerungen eingelassen sind. Der Diskurs werde zwar von den Handlungen und Expressionen der Beteiligten begleitet; diese seien aber nicht dessen Bestandteil. Während das kommunikative Handeln die Geltungsansprüche von Sinnzusammenhängen naiv voraussetze, um Informationen bzw. handlungsbezogene Erfahrungen auszutauschen, würden bei diskursiver Verständigung problematisierte Geltungsansprüche zum Thema gemacht, aber keine Informationen ausgetauscht. Politisches Sprechen sollte vor allem als Diskurs stattfinden, als Suche eines problematisierten Einverständnisses durch begründende Erörterung. »Ich halte es für sinnvoll, die Vernünftigkeit eines Sprechers an der Wahrhaftigkeit seiner Äußerungen zu bemessen. Wahrhaftig sind die Äußerungen eines Sprechers, wenn er weder sich noch andere täuscht. Die Wahrhaftigkeit von Äußerungen liegt in einer anderen Dimension als die Wahrheit von Aussagen. ... Um die Wahrhaftigkeit von Äußerungen zu entscheiden, rekurren wir also auf die Richtigkeit von Handlungen. ... Die Idee des wahren Konsensus verlangt von den Teilnehmern eines Diskurses die Fähig-

keit, zwischen Sein und Schein, Wesen und Erscheinung, Sein und Sollen zuverlässig zu unterscheiden, um kompetent die Wahrheit von Aussagen, die Wahrhaftigkeit von Äußerungen und die Richtigkeit von Handlungen zu beurteilen.«

II

Nehmen wir diese Maximen als »Leitsätze« bzw. »Orientierungssätze« für die Betrachtung zweier aktueller politischer Schlüsselworte: »Unterschicht« und »Hartz IV« und beginnen wir mit der »Rahmenhandlung«.

Die deutschen Topmanager erhöhen weiterhin ihre Bezüge und zwar in Quantensprüngen, zum Beispiel um 10 Prozent (dann sind sie noch verhältnismäßig bescheiden; der einschlägig bekannte Deutsche-Bank-Vorstandsvorsitzende Josef Ackermann ist inzwischen bei jährlich 11,9 Millionen Euro angekommen, eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr um 17 Prozent). Und bauen Personal bei ihren Firmen ab, damit der Shareholdervalue steigt. »Rekordgewinne und trotzdem immer weniger Jobs: Die Wirtschaftselite hat das Gefühl für ihr Land verloren« – titelte *Die Zeit* bei einer Betrachtung der »Manager ohne Moral«. In der Bundesrepublik gibt es mehr Vermögensmilliardäre als je zuvor. Über drei Millionen Menschen haben heute mehr als das Doppelte des durchschnittlichen Einkommens. Insgesamt kann man sagen: Die Reichen werden immer reicher.

Kein Wunder, denn die Lobbyisten der Wirtschaft beeinflussen die Politik nicht nur von außen, sondern agieren inzwischen mitten in deren Räderwerk. Das Fernseh-Magazin *Monitor* hat kürzlich aufgedeckt, dass viele Interessenverbände »Leih-Beamte« in den Ministerien positioniert haben; sie schreiben gleich direkt an den Gesetzen mit. Manchen honetten Politikern war das völlig neu; überraschter Augenaufschlag verändert aber nichts.

Die Politik stört auch wenig, dass die Oberschicht immer größer wird und sich vom gesellschaftlichen Ganzen rücksichtslos abgrenzt. »Schicht« bedeutet dabei ein weitgehend von der Berufshierarchie ausgehendes vertikales Ungleichheitsgefüge, das immer dominanter wird, je mehr die Ausgleichsmechanismen der sozialen Marktwirtschaft wegfallen und der »Dschungelkapitalismus« (Helmut Schmidt) sich ausbreiten kann.

Damit korrespondierend wächst die Unterschicht zu; die Kluft zwischen oben und unten, zwischen »Herrn und Knecht« wird breiter und tiefer. Es bedarf eigentlich keinerlei soziologischer Studien, um das zu erkennen; ein Gang durch bestimmte Viertel der Städte müsste genügen. Statistisch gesehen: Zwischen 1993 und 2004 hat sich das Nettovermögen des reichsten Viertels in Westdeutschland um knapp 28 Prozent erhöht; im ärmsten Viertel um 50 Prozent verringert. (In Ostdeutschland ist das Verhältnis 86 Prozent Zunahme und 21 Prozent Abnahme.) Im

Gegensatz zum ersten Nachkriegsjahrzehnt, da Millionen von Entwurzelten, Ausgebombten und Vertriebenen sich ganz unten befanden, aber bewegt waren von der berechtigten Hoffnung, bald in den dann sich zunehmend nivellierenden Mittelstand aufsteigen zu können – das Lastenausgleichsgesetz war dafür von größter Bedeutung –, fühlt sich die gegenwärtige Unterschicht »verdammt in alle Ewigkeit«. Der Infratest-Chef Richard Hilmer spricht von einem »abgehängten Prekariat«: »Wir verstehen darunter Menschen, die sich vor viele Probleme gestellt sehen und fürchten, damit nicht fertig zu werden und am Fortschritt nicht mehr teilhaben zu können. Schlimmer noch: Sie glauben, dass auch die eigenen Kinder keine Chance haben. Das ist ein Warnsignal. Auch früher gab es ein Oben und Unten; aber es gab Aufstiegsmöglichkeiten. Heute erleben die Menschen ihre Situation eher als Abstieg.« Als ziemlich hoffnungslos »arm« gelten inzwischen fünf bis sechs Millionen Menschen, darunter 14,8 Prozent Kinder bis zu 10 Jahren, 18,9 Prozent der Bevölkerungskohorte von 21–30 Jahren und 11,7 Prozent der Altersgruppe über 71 Jahre. »Es ist schon atemberaubend«, so der Politologe Ernst-Ulrich Huster, »wie sich der Wohlstand am oberen Ende vergrößert ... Am unteren Ende verfestigt sich eine Lebenslage, bei der nicht bloß die materiellen Güter fehlen, sondern alle Perspektiven in der Bildung, beim Wohnen, in der Freizeitgestaltung.« Die Folgen für die Demokratie sind eklatant: In Mecklenburg-Vorpommern haben kürzlich 50 Prozent nicht mehr gewählt.

Hier soll aber nicht weiter auf die Misere der real existierenden Ungerechtigkeitsgesellschaft, sondern auf den sprachlichen Umgang der Politik mit den Problemen eingegangen werden. Man kann meinen, es sei ziemlich gleichgültig für die Opfer, wie man das Thema benennt; aber bei den handelnden und bestimmenden Gesellschaftskräften bzw. Gesellschaftsmächten ist es wichtig, ob und wie man Offenkundiges wahrnimmt, d.h. ob man richtige, der Sachlage angemessene Begriffe und Worte findet; sonst wird auch das Handeln defizitär bleiben. Die zur Zeit laufende Debatte über den Begriff »Unterschicht« ist dabei außerordentlich aufschlussreich. Bekanntlich hatte der »gute Mensch« der Pfalz, der Vorsitzende der SPD Kurt Beck, in der *Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung* von »Unterschichten« gesprochen (zu viele Menschen würden sich mit ihrer aussichtslosen Lage arrangieren). Damit war etwas benannt – wahrscheinlich erschrak der gütige Landesfürst inzwischen selbst über sein »Klassendenken« –, was Politiker, die zunehmend der Realität entfremdet sind, ungemein irritierte; man erinnere sich an Christian Morgensterns Palmström: »Weil, so schließt er messerscharf, nicht sein kann, was nicht sein darf.« Im sozialdemokratischen wie im christlich-sozialen Überbau sind »richtige« Begriffe eine statische Gefahr für das Gebälk ihrer Inkompetenzkompensationskompetenz; Sub-

stanzlosigkeit kann bei Hinterfragung leicht zum Einsturz kommen. Also diskutiert man lieber nicht darüber, wie man die Isolierung der Unterschicht überwinden und die Überheblichkeit der Oberschicht bremsen könnte, sondern bekämpft unbequeme Begriffe. »Unterschicht« werde zum Unwort des Jahres aufgebläht, konstatierte die TV-Kolumnistin Ponkie in der »Abendzeitung« in Beobachtung der sich am Begriff »Unterschicht« aufgeilenden Talkshows; die politischen Sprachkünstler führten verbale Eiertänze auf, »um das gemeine Wort in Watte zu packen und dem »abgehängten Prekariat« ein sozialromantisches Mäntelchen umzuhängen, damit es sich besser fühlt.«

Der Streit um »Unterschicht« als Beispiel für die vorherrschende sprachliche Unkultur ist aber geradezu eine *Quantité négligeable*, wenn man an den epidemischen Gebrauch des Begriffes »Hartz IV« denkt. Unabhängig davon, ob die mit dieser Bezeichnung gemeinten Maßnahmen gut oder richtig, halbgut oder halb-richtig sind, ob sie wirken oder nicht, ob sie das Gegenteil von dem erreichen, was sie erreichen wollten, ob sie langfristig Erfolg haben oder nicht, ob sie fordern und fördern oder ob die Betroffenen nur noch weiter in die Unterschicht hineingetrieben werden – die *Bezeichnung* allein ist bereits ein solcher Skandal, dass man an sich von vorneherein der Sache jede Berechtigung absprechen könnte (was aber hier nicht geschieht). Peter Hartz, ein besonderer Freund des vorhergehenden Kanzlers, ist, das dürfte inzwischen selbst die ergebnis-este Schröder-Anhängerschaft begriffen haben, nicht nur als Berater eine fatale Niete gewesen – sein kompilierter Maßnahmenkatalog war wohl im Besonderen vom Bertelsmann-Konzern über dessen Stiftung beeinflusst –, sondern ein Typ, mit dem man, wenn man die Standards einer gewissen öffentlichen Moral noch akzeptiert, nicht verkehren sollte. »Hartz IV« darf man also nicht den sprachlichen Gleichmut entgegenbringen wie etwa der »Mozart-Kugel« oder dem »Bismarck-Hering«. Nach meiner Kenntnis hat noch kein

Politiker bzw. keine Politikerin begriffen – nicht einmal Heiner Geißler, dem besten sozialen Demokraten, den wir zur Zeit haben –, dass es sich bei »Hartz IV« nicht nur um eine lächerliche Personifizierung einer sozialpolitischen Maßnahme handelt, sondern um eine höchst unanständige Vokabel. Der »Hartz-IV«-Empfänger, der Opfer bringen muss oder auch Wohltaten empfangen mag, wird auf eine Weise angesprochen, die eigentlich grundgesetzwidrig ist, denn »die Würde des Menschen ist unantastbar«. Diese wird aber erheblich ange-tastet, wenn man ihn mit einer Person gleichsetzt, die so viel auf dem Kerbholz hat, dass man ihren Namen aus dem Begriffsarsenal einer honorigen Demokratie entfernen müsste – unabhängig davon, was die Gerichte im Rahmen der laufenden Verfahren entscheiden werden. Während der VW-Konzern immerhin relativ rasch seine inkriminierten Chefmanager und den von diesen gekauften Betriebsratsvorsitzenden aus den Edelbordellen der Welt zurückgerufen hat, macht die Politik nicht die geringsten Anstrengungen, eine höchst anrüchige Begrifflichkeit zu revidieren, das heißt: zu ent-prostituieren (Prostitution lt. Duden u.a. Herabwürdigung, öffentliche Preisgabe, Bloßstellung).

Man fragte Kungfutsse einmal, womit er beginnen würde, wenn er ein Land zu verwalten hätte. »Ich würde den Sprachgebrauch verbessern«, antwortete der Meister. Seine Zuhörer waren erstaunt. »Das hat doch nichts mit unserer Frage zu tun«, sagten sie, »was soll die Verbesserung des Sprachgebrauchs?« Der Meister antwortete: »Wenn die Sprache nicht stimmt, so ist das, was gesagt wird, nicht das, was gemeint ist; ist das, was gesagt wird, nicht das, was gemeint ist, so kommen die Werke nicht zustande; kommen die Werke nicht zustande, so gedeihen Moral und Kunst nicht; gedeihen Moral und Kunst nicht, so trifft die Justiz nicht; trifft die Justiz nicht, so weiß die Nation nicht, wohin Hand und Fuß setzen. Also dulde man keine Willkürlichkeit in den Worten. Das ist es, worauf alles ankommt.«

Tagung zur Kulturwirtschaft in Brandenburg

Kultur trifft Wirtschaft – Zukunftsperspektiven?

21. März 2007, Ort: Schinkelhalle im Kulturgewerbequartier Schiffbauergasse, Potsdam

Kulturland Brandenburg e.V. in Kooperation mit der Kulturpolitischen Gesellschaft e.V.

Die Kulturwirtschaft gilt als Branche mit bemerkenswerten Potenzialen für wirtschaftliches Wachstum und Beschäftigung. Dies belegen zahlreiche Studien und Kulturwirtschaftsberichte der letzten Jahre.

Wie lassen sich kulturwirtschaftliche Potenziale in Brandenburg befördern? Dieser Frage stellen sich sechs Projekte, die im Rahmen der INNOPUNKT14-Kampagne »Allianzen zwischen Kultur und Wirtschaft« modellhafte Ansätze für Brandenburg entwickelt haben und zwei Jahre lang erproben.

Im Rahmen einer bundesweiten Tagung »Kultur trifft Wirtschaft – Zukunftsperspektiven?« (Arbeitstitel) werden Vertreter/innen der INNOPUNKT14-Projekte gemeinsam mit Praktikern, Experten und Entscheidungsträgern aus Kultur, Wirtschaft und Politik bisherige Projekterfahrungen und Zukunftsperspektiven diskutieren.

Informationen: Frauke Probst • Kulturland Brandenburg e.V. • T 03331/58 16 21
f.probst@kulturland-brandenburg.de • www.kultur-wirtschaft-brandenburg.de